

Antrag

der CDU-Fraktion

der FDP-Fraktion

Struktur der LASA verändern

Der Landtag möge beschließen:

1. Die landeseigene Gesellschaft „Landesagentur für Struktur und Arbeit“ wird künftig von nur einem Geschäftsführer geleitet. Bei der Neubesetzung ist die Stelle des Geschäftsführers öffentlich auszuschreiben und ausschließlich nach fachlicher Eignung und Qualifikation neu zu besetzen.
2. Der Personaleinsatz der LASA ist künftig entsprechend der Aufgabenstellung so auszugestalten, dass die Bearbeitung von Förderanträgen, die Bewilligungsverfahren und die Prüfung der Verwendungsnachweise in der erforderlichen Qualität erfolgen.
3. Das zuständige Ministerium MASF wird dem Ausschuss für ASF halbjährlich über die Wahrnehmung seiner Dienstaufsicht über die LASA berichten.

Begründung:

Die ZukunftsAgentur Brandenburg als vergleichbare Landesgesellschaft wird zurzeit von einem Geschäftsführer geleitet. Die doppelte Geschäftsführerzahl konnte bei der LASA nicht verhindern, dass es zu fehlerhaften Abrechnungen der EU-Fördermittel gekommen ist. Bereits im Bericht der Landesregierung „Effizienzsteigerung bei der Geschäftsbesorgung für Haushaltsmittel und für Landesaufgaben“ von April 2001 wird ausgeführt, dass die „in der Vergangenheit in geringem Maße durchgeführte Prüfungen der Verwendungsnachweise nachgeholt werden müssen. Offensichtlich hat man die Prüfung der Verwendungsnachweise schon in den neunziger Jahren nicht besonders ernst genommen. Es stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, in wieweit das Ministerium seine Kontrollpflicht ausreichend wahrgenommen hat

In einem weiteren Bericht „Struktur und Aufgaben der Landesgesellschaften“ von Dezember 2001 heißt es „Eine weitgehende Bündelung und Optimierung der Angebote von ILB, ZAB und LASA ließe sich insbesondere durch die Einbeziehung der LASA in den Kooperationsverbund ZukunftsAgentur Brandenburg erreichen. Dies wäre ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer zentralen Anlaufstelle für Investoren im Land Brandenburg.

Eine Veränderung der Strukturen wäre offensichtlich nicht undenkbar gewesen.

Die finanziellen Unstimmigkeiten sollten Anlass sein, die Struktur der LASA neu auszurichten und das ausreichend vorhandene Personal so einzusetzen, dass die Bearbeitung von Förderanträgen, die Durchführung der Bewilligungsverfahren und die Prüfung der Verwendungsnachweise Priorität haben.

Die Dienstaufsicht muss durch das zuständige Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie konsequent wahrgenommen werden, damit Unregelmäßigkeiten zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt aufgedeckt werden.

Prof. Dr. Johanna Wanka
CDU-Fraktion

Hans-Peter Goetz
FDP-Fraktion